

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsamt: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10, 1. Stock
Telefon Nr. 20011
Schreibmaschine: D. 20011
Konten: K. 1, Marienstraße 24/25

Bezugspreis bei wöchentlichem Abonnement monatlich 2.30 RM. (einschließlich 10 Pf. für Postgebühren), durch Verleger 2.30 RM. (einschließlich 10 Pf. Postgebühren) bei 7 mal wöchentlichem Abonnement. Einzelnummer 15 Pf. (einschließlich 5 Pf. Postgebühren). Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste Nr. 20011, die in jeder Nummer dieser Zeitung zu finden ist, veröffentlicht. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste Nr. 20011, die in jeder Nummer dieser Zeitung zu finden ist, veröffentlicht.

Verlag: E. W. Pfeiffer & Co. Dresden
Bismarckstr. 10, 1. Stock
Telefon Nr. 20011
Schreibmaschine: D. 20011
Konten: K. 1, Marienstraße 24/25

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Hindenburg nach Berlin zurückgekehrt

Sofortige Aussprache mit Brüning

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Mai. Reichspräsident von Hindenburg bricht heute abend seinen Erholungsurlaub in Reudersdorf ab und begibt sich mit dem Nachtzug nach Berlin zurück. Der Reichspräsident reist in einem Salonwagen durch den Korridor. Morgen früh trifft er in Berlin ein und hat bereits für die Vormittagsstunden die entscheidende Unterredung mit dem Reichskanzler angelehrt. In dieser Unterredung wird der Reichspräsident versuchen, dem Reichskanzler davon zu überzeugen, daß sein weiteres Verbleiben in Reichskanzleramt angesichts der Launener Konferenz und ungeachtet verschiedener innerpolitischer Schwierigkeiten durchaus notwendig sei. Am Sonntagabend wird man erkennen können, inwieweit der Reichspräsident bereit gewesen ist, den Darlegungen des Reichskanzlers zu entsprechen. Gleichzeitig mit der morgigen Unterredung ebenfalls zu vollziehenden Unterzeichnung der neuen Rotverordnungen werden dann auch die Personalveränderungen im Reichskabinetts beantragt werden.

Die „gerechte“ polnische Westgrenze

Warschau, 28. Mai. In einer politischen Wochenschrift, die maßgebende Regierungsblatt „Gazeta Polska“ in Bezug auf die Frage der Grenzrevision seinen eingehenden grundsätzlichen Standpunkt dar. Zunächst wird der Stand, der im Friedensvertrag an der polnischen Westgrenze geschaffen wurde, als „richtig und gerecht“ anerkannt und in „nationaler, geschichtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht außer jedem Zweifel“ gestellt. An diesem Standpunkt könne nicht gerüttelt werden. Es gab und es werde niemals eine Regierung in Polen geben, die diese Frage als noch ungeklärt anerkennen würde. Das sei nach Meinung des Blattes der einzige Fall, in dem es in Polen keine Meinungsverschiedenheiten gebe. Jeder, der irgendwo von der Grenzrevision spreche, „schiebe einem Menschen, der mit einer brennenden Fackel um ein Pulverfaß herumlaufe“.

Sachverständigenausschuß über Danzig

Danzig, 28. Mai. Der Zusammentritt der beiden Sachverständigenausschüsse in Danzig, die über die Frage der vollen Ausübung des Danziger Hafens durch Polen und die Frage des Veredelungs- und Lagerhandver-

kehrs ein Gutachten auszuarbeiten sollen, wird im Juni erwartet. Die Zusammenlegung der Ausschüsse steht noch nicht fest. Ihren Arbeiten mißt man in Danziger maßgebenden Kreisen außerordentlich große Bedeutung zu. Die Richtlinien für das Gutachten des Völkerbundkomitees sind durch das letzte Gutachten des juristischen Völkerbundkomitees gegeben. Sie besagen, daß Polen sein finanzielles Übergewicht über Danzig nicht dazu mißbrauchen darf, um in Danzig Einrichtungen zu schaffen, die geeignet sind, den Verkehr von Danzig abzuschneiden. Beide Ausschüsse werden ihre Arbeiten möglichst beschleunigen. Durch Ratentscheidung ist auch die Frage der Organisation der Verwaltung der Danziger Eisenbahnen in ein neues Stadium getreten. Polen ist nach der Entscheidung verpflichtet, einen besonderen Verwaltungsausschuß zu bilden, für die Danziger Bahnen zu schaffen, die bisher der in Danzig ansässigen polnischen Eisenbahndirektion mit unterstanden haben. Es ist zu erwarten, daß von Danziger Seite demnach auf die Verlegung der polnischen Eisenbahndirektion in einer polnischen Ort und ihren Ertrag durch eine besondere Danziger Eisenbahndirektion, was schließlich die logische Konsequenz aus der Ratentscheidung ist, gedrungen werden wird.

Nach Marx bedingt für Herriot

Paris, 28. Mai. In politischen Kreisen erregt es großes Aufsehen, daß sich der Führer der Rechten, Louis Marin, wohl gegen die Sozialisten, nicht aber gegen Herriot geäußert hat. Er erklärte u. a.: „Wenn die Radikalsozialistische Partei die Ideen des Sozialismus vertreten wird, dann werden wir sie erdarmungslos bekämpfen. Wenn sie jedoch ihre eigenen Ideen vertritt, dann werden wir sie unterstützen, ganz gleich, ob wir von der Mitarbeit ausgeschlossen sind oder die Vorteile der Zusammenarbeit genießen.“ — Aus diesen Worten geht klar hervor, daß auch die Rechte gegenüber dem Kabinetts-Herriot nicht an eine unbedingte Opposition denkt, sondern bereit ist, ein bürgerliches Regierungsprogramm zu unterstützen, sofern es nicht unter dem Einfluß der Sozialisten steht. Man hat den Eindruck, daß auch Marin dem radikalsozialistischen Parteiführer Herriot den Weg zur Mitte nach Möglichkeit erleichtern will, um der Schaffung eines Linksbündnisses vorzubeugen.

Einberufung einer Weltwährungskonferenz?

London, 28. Mai. „Daily Herald“ fordert, daß die Weltwährungskonferenz sofort nach Kaufanne einberufen wird und die Vereinigten Staaten hierzu eingeladen werden sollen. Die Konferenz solle parallel mit der Reparationskonferenz stattfinden. Sie habe sich mit folgenden vier Hauptfragen zu beschäftigen:

- 1. Wiederherstellung der Kaufkraft; 2. Regelung der Währungsbeziehungen zwischen den Staaten, die den Goldstandard verlassen haben, und denen, die an ihm festhalten; 3. Begrenzung und Aufhebung der Beschränkungen für den internationalen Handel; 4. Verminderung der Last der „kommerziellen“ Schulden besonders in Zentraluropa und in Südamerika. — Wenn die jüngsten Diplomaten Kaufanne pessimistisch beurteilen und sich jetzt mit dem Gedanken einer Verlängerung des Moratoriums für ein paar Monate abfinden, so sei es Sache der Staatsmänner, die Konferenz zu dem Erfolg zu führen, der unbedingt notwendig sei, um die Welt vor dem Zusammenbruch zu retten. Kaufanne sei die letzte Gelegenheit hierzu.

Zu dem Vorschlag der „Financial News“, daß England auf der Launener Konferenz möglichenfalls selbständig vorgehen und seine eigenen Wege zur Regelung der Reparationen und seiner Schulden mit Amerika gehen solle, schreibt

Professor Keynes,

daß natürlich eine derartige Regelung besser als reine Passivität sei. Dennoch sollten die europäischen Staaten einen Plan aufstellen, mit dem sie gemeinsam vor Amerika hintreten könnten. Es sei nicht notwendig, daß dieser sich nur auf die Reparationen erstrecke, sondern er solle auch die Währungs- und das Währungsproblem umfassen. Man könne sich nicht vorstellen, daß die amerikanische Regierung sich dann rein negativ verhalten werde.

Die Verlängerung des Kreditkredits

Paris, 28. Mai. Die Frage der Verlängerung des internationalen Kreditkredits der Reichsbank soll auf der nächsten Verwaltungsratsitzung der Bank von Frankfurt erörtert werden. Die Verlängerung des französischen Anteils an diesem 50-Millionen-Dollar-Kredit macht insofern gewisse Schwierigkeiten, als die Regierung Zinsen der

Kaufkraft ist, daß sie nicht mehr besagt sei, eine Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen und gern die Verantwortung dafür der kommenden Regierung, das heißt Herriot, überlassen möchte. Trotzdem nimmt man in hiesigen Finanzkreisen an, daß die Verlängerung erfolgen werde. Es fragt sich nur, ob der Reichsbank gelingen wird, eine neue Verzinsung des Zinsfußes, der schon einmal von 8 auf 6 Prozent herabgesetzt worden ist, zu erreichen. Die Reichsbank wünscht eine neue Senkung auf 5 Prozent. Dieser Wunsch läuft auf Schwierigkeiten, und zwar nicht nur bei der Bank von Frankreich, sondern auch bei den anderen kreditgebenden Notenbanken. Günstiger scheint die Frage der von einzelnen Kreditgebern und namentlich von der Bank von Frankreich gewünschten neuen teilweisen Tilgung des Kredites an Aktualität eingeleitet zu haben, da die Erkenntnis an Boden gewonnen hat, daß die augenblickliche Devisenlage der Reichsbank ihr eine derartige, wenn auch geringfügige Tilgung schwer möglich machen könnte.

Die deutsch-dänischen Währungsverhandlungen

Böhlige Einigung erzielt

Kopenhagen, 28. Mai. In den Verhandlungen zwischen den deutschen Unterhändlern und Vertretern der Dänischen Nationalbank über deutsch-dänische Währungsfragen ist eine völlige Einigung erzielt worden. Die Verhandlungen betrafen vorwiegend die Frage, wie die in Deutschland eingetragenen dänischen Kredite, für die keine Kronenbesitzen vorhanden waren, freigegeben werden können. Auf welche Weise diese Konten abgewickelt werden sollen, wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Anhaltende Goldabziehung aus Amerika

New York, 28. Mai. Die Goldabfuhr nach Europa dauert an. Am Freitag hat wieder ein Goldtransport im Werte von 30 Millionen Dollar New York verlassen, davon sind 20 Millionen für Frankreich, 5 Millionen für Holland, 4 Millionen für Belgien, eine Million für die Schweiz und eine halbe Million für England bestimmt.

Brünings Stunde

Die Unterredung, die der Reichskanzler heute mit dem nach Berlin zurückgekehrten Reichspräsidenten hat, ist von entscheidender Bedeutung für die politische Entwicklung in Deutschland. Der Reichspräsident pflegt ja seine Gedanken und Entschlüsse nicht im voraus der Öffentlichkeit zu unterbreiten, aber aus verschiedenen Anzeichen hat man entnommen, daß er nach den Erfahrungen der letzten Zeit am Ende seiner langen Gebuld mit einer Staatsführung ist, auf die er Berge des Vertrauens gebaut und die er über zwei Jahre unter großen persönlichen Opfern allein mit seiner Autorität gehalten hat. Man bezweifelt, daß er einer Politik müde geworden ist, die nach und nach alle seine Freunde auf die Seite der Gegner dieses Regierungssystems treibt. Schließlich ist auch das sachliche Plado dieser Regierung auf allen Gebieten ihrer Betätigung unverkennbar und nach den letzten Wählerwahlen die Richtung des Volkswillens auf eine gründliche Wenderung der Regierungsverhältnisse offenbar. Unter diesen Umständen bedarf es durchaus nicht des Einflusses irgendeiner Generalskamarilla oder sonstiger politischer Verschwörungen, von denen die Linkspresse in ihrer Angst fabelt, um den Reichspräsidenten, der sich immer als konstitutioneller Präsident erwies hat — auch dann, wenn es ihm sehr gegen den Strich ging —, zu Entschlüssen zu bewegen, die die Veränderung der Lage erfordern.

In dieser kritischen Stunde muß Brüning unter dem Zwang der Kabinettsbildung den Gang zum Reichspräsidenten antreten, um sich noch einmal dessen Vertrauen zu sichern. Die Rechenschaft, die er hier abzulegen hat, ist ungleich schwerer als die Verteidigung vor dem Reichstag, wo der Kanzler immer mit der Mandatsmacht von dreißig bis vierzig Abgeordneten rechnen kann, die ihr Schicksal mit dem seinigen verbunden fühlen und ihn deshalb trotz ausgesprochener Gegnerschaft zu der Politik des Fortwärtens nicht zu hängen wagen. Wenn trotzdem nach allgemeiner Ueberzeugung noch einmal die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit besteht, daß Brüning auf seine Frage, ob er noch das Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt, keine verneinende Antwort und damit die Chance erhält, sein brüchiges Kabinetts umzusetzen, so hat er das wohl der drängenden Nähe der großen Konferenz zu verdanken, auf der um die wichtigsten außenpolitischen Probleme der Tribute und der Missionen, gerungen wird. Brüning macht geltend, daß er diese Konferenz von langer Hand vorbereitet hat. Auf die Hoffnung eines Erfolges in diesem diplomatischen Ringen baut er alle Zukunftshoffnungen seines Regimes, und er wird in seiner Eigenschaft als Außenminister die Lage dem Reichspräsidenten so darzustellen wissen, daß dieser es als unritterlich empfinden würde, dem Reichskanzler in diesem Augenblick — „hundert Meter vor dem Ziel“, wie Brüning meint — durch die Entziehung seines Vertrauens gewissermaßen in den Rücken zu fallen. Es fällt zwar nachgerade auf, daß Brüning die innerpolitische Entwicklung so lange laufen läßt, wie sie eben läuft, und die Entscheidung über innere Vertrauensfragen mit großer Geschicklichkeit auf solche Augenblicke außenpolitischer Spannung verschiebt, in denen er sein internationales Ansehen zu seinen Gunsten in die Waagschale werfen kann. Aber dieses Verfahren gehört nun einmal zu der Taktik, mit der Brüning aus dem Reichspräsidentenpalais drohende Schwierigkeiten zu umgehen pflegt, ebenso wie er sich im Reichstag durch Vertagung über die Zeit der ärgsten Ausrechnung über Notverordnungen hinweghilft.

Wenn man also annehmen muß, daß Brüning wahrscheinlich dem Reichspräsidenten noch einmal die Gelegenheit zu einem letzten Versuch erhält, so ist damit noch nicht gesagt, daß seine Stellung schon defekt ist, vor allem wenn es zutrifft, daß er die Kabinettsbildung nur unter Obedienz seines Kampfgesährten Groener auch als Reichsinnenminister erreichen kann. Neben dieser Frage ist es ziemlich unwesentlich, wer sich zur Befehung der anderen Ministerposten zur Verfügung stellt. Die Entscheidung darüber, ob es wirklich zu einer vorübergehenden Konfolidierung des Brüningkurses kommt oder ob die jetzige Umstellung nur das letzte Stadium der Auflösung ist, dürfte in der aufsteigenden zweiten Groenerkrise fallen. Der Kampf der Reichsdemokratie gegen Groener ist seit seinem Rücktritt von der Leitung der Wehrmacht weitergegangen. Er wurde damals von Brüning im Reichsinnenministerium festgehalten zur Verhütung der Linken und zum Behalten dafür, daß der mit dem W.-Verbot eingeschlagene Reichsbannerkurs nicht verlassen werden soll. Das liegt erst zwei Wochen zurück. Wenn es sich nach dieser kurzen Frist herausstellen sollte, daß diese Linie nicht einzuhalten werden kann, und wenn gar ein Mann ins Innenministerium einzieht, der aus den Reihen jener kommt, die das W.-Verbot für die größte politische Dummheit der Regierung Brüning-Groener halten, so würde dieser Wechsel als Signal wirken. Die Linke läßt sich schon keinen Zweifel darüber, daß sie eine solche Wendung als eine